

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 91520-12



Inhalt

Horst Peter MdB zum deutschen Engagement im Jugoslawien-Konflikt: Deutschland fehlt die Vision einer eigenständigen Rolle jenseits von Weltmachträumen.

Seite 1

Volker Neumann MdB stellt Fragen zu Schalck-Schäuble-Briefwechsel: Schalckbrief an Schäuble gibt neue Rätsel auf.

Seite 3

Rolf Schwanitz MdB analysiert Diestel-Gysi-Komitee: Was bieten die "Komitees für Gerechtigkeit" den Menschen?

Seite 5

47. Jahrgang / 145

31. Juli 1992

Deutschland fehlt die Vision einer eigenständigen Rolle jenseits von Weltmachträumen

Von Horst Peter MdB

Zum zweitenmal in diesem Jahrhundert verbindet sich mit dem Namen der Stadt Sarajewo der Brennpunkt europäischer Politik und die provinzielle Unzulänglichkeit deutscher Politik. Sarajewo 1992 heißt: die Wiederkehr des extremistischen Nationalismus auf die europäische Bühne und Wiederkehr des wiedervereinten Deutschlands in die internationale Politik. Denn in Sarajewo setzt die Bundesregierung das Brecheisen an, um nach der nationalen Wiedergeburt den weltpolitischen "Platz an der Sonne" zu gewinnen. Die jugoslawische Krise und die Frage der rechtlichen Möglichkeiten der Bundesregierung und der Auftrag der Bundeswehr dürfen - auch wenn dies die Bundesregierung aus durchsichtigen Gründen so will - nicht miteinander vermischt werden. Es ist ein beliebiges und zufälliges Zusammentreffen. Bei der Prüfung der Rechtslage für Bundesregierung und Bundeswehr sind die jugoslawische Krise wie auch die immer angeführte "Bündnisfähigkeit" der Bundesrepublik Deutschland keine rechtsrelevanten Fragestellungen. Es zeugt allerdings auch von einer mentalen Blockierung, daß Bundesregierung und Bundeswehr die Diskussion der neuen Rolle Deutschlands immer ineins setzen mit der Diskussion über Zukunft und Auftrag von Bundeswehr, Nato und WEU.

Der Zusammenbruch des nominalen Sozialismus in Osteuropa setzt Energien frei, die das stalinistische Zwangsregime gebunden hatte und die Europa gebändigt glaubte. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz bewegt sich die politische Welt in die Ausgangsstellungen des Jahres 1914 zurück. Offengelegt werden einerseits die Konfliktlinien der innerkapitalistischen Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Hauptmächten in Europa, Japan und den USA (dort eskaliert das "japan bashing"). Andererseits fällt Osteuropa in seine ethnischen Konflikte zurück, die die stalinistische Vereisung unbeschädigt überstanden haben. Jeder macht dort weiter, wo er 1918 beziehungsweise 1945 aufhören mußte.

Das wiedervereinigte Deutschland steht dieser Entwicklung seltsam begrifflos gegenüber. Die "Handelsrepublik" wuchs vom politischen Zwerg zum delirierenden Riesen. So erging sich die an Aufgaben wie der diplomatischen Isolierung der DDR trainierte und erschöpfte bundesdeutsche Politik während der historischen Veränderungen in der UdSSR und in Osteuropa in Belanglosigkeiten wie der Umbettung Friedrich II. Für die Weltpolitik und eine weltpolitische Rolle

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Zemlin/Über/Umgebung
mit mehrfarbigen Kolorationen
Recycling-Papier



**Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung bestätigt Fehleinschätzungen
der Deutschen Bundesbank**

**Zum Wochenbericht des DIW, der sich in ungewöhnlich kritischer Form mit der aktuellen
Geldpolitik der Deutschen Bundesbank auseinandersetzt**

**Von Norbert Wieczorek MdB
Sprecher der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft, Geld, Währung und Kredit der SPD-
Bundestagsfraktion**

Mit der massiven Kritik an der Diskontsatzserhöhung der Deutschen Bundesbank am 16. Juli dieses Jahres bestätigt das DIW die national und international geäußerten grundlegenden Zweifel an der geldpolitischen Linie der Deutschen Bundesbank.

Die Bundesbank hat mit ihrer Entscheidung nicht nur der derzeitig äußerst labilen Binnenkonjunktur einen Bärendienst erwiesen und die Investitionsbedingungen für den strukturellen Aufschwung in Ostdeutschland verschlechtert. Sie zwingt mit ihrer Hochzinspolitik auch unsere westeuropäischen Partner zu einem überhöhten und unangemessenen Zinsniveau, das sich zulasten derer Binnenkonjunktur ebenso negativ auswirkt, wie sie zu einem Rückgang der Aufträge aus diesen Ländern an deutsche Lieferanten führt und den konjunkturellen Abschwung bei uns weiter verstärkt.

Die Deutsche Bundesbank ist dringend aufgefordert, ihr derzeitiges Geldmengenkonzept zu überprüfen. Während bisher schon konzeptionelle Schwächen zu einer mechanistischen Interpretation für die geldpolitische Praxis der deutschen Bundesbank geführt haben, erweist sich in der aktuellen Situation vor dem Hintergrund der Vereinigungsturbulenzen das Bundesbank Schema als unbrauchbar. Unzweifelhaft ist die Geldmenge M3 derzeit nicht als aussagefähige Bezugsgröße für zu erwartende Preissteigerungen geeignet, da die Aufblähung der Geldmenge M3 über den Faktor Termineinlagen weniger in Liquiditätspräferenzen der Anleger sondern durch die hohen Zinserträge bei kurzfristigen Geldanlagen begründet ist.

Es besteht die Gefahr, daß die Bundesbank eine unkontrollierbare Zinsspirale zulasten der Investitionsneigung in Bewegung gesetzt hat. Statt dieser umstrittenen Zinserhöhungspolitik wäre im Übrigen instrumentell - wenn überhaupt - eine verstärkte Mindestreservepolitik der problemgerechtere Hebel zur Einschränkung einer zu stark expandierenden Kreditvergabe gewesen.

Die aktuelle Kritik macht ungeachtet der Vorbehalte über die Angemessenheit der Bundesbankpolitik deutlich, daß ein Umsteuern bei der Fiskalpolitik der Bundesregierung immer unabweisbarer wird. Wenn die Bundesregierung nicht innerhalb der nächsten Monate einen radikalen Kurswechsel vollzieht, werden sich die Befürchtungen des DIW in dramatischer Weise bestätigen und die strukturellen wie die konjunkturellen Probleme noch schwieriger lösbar sein werden als bisher.

Die Geldpolitik kann und darf auf die Dauer nicht die Hauptlast der zwingend notwendigen Stabilitätsbemühungen tragen.

(-/30. Juli 1992/rs/fr)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 9 1520-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12

Inhalt

Horst Peter MdB zum deutschen Engagement im Jugoslawien-Konflikt: Deutschland fehlt die Vision einer eigenständigen Rolle jenseits von Weltmachträumen.

Seite 1

Volker Neumann MdB stellt Fragen zu Schaack-Schäuble-Briefwechsel: Schalckbrief an Schäuble gibt neue Rätsel auf.

Seite 3

Rolf Schwanitz MdB analysiert Diestel-Gysi-Komitee: Was bieten die "Komitees für Gerechtigkeit" den Menschen?

Seite 5

47. Jahrgang / 145

31. Juli 1992

Deutschland fehlt die Vision einer eigenständigen Rolle jenseits von Weltmachträumen

Von Horst Peter MdB

Zum zweitenmal in diesem Jahrhundert verbindet sich mit dem Namen der Stadt Sarajewo der Brennpunkt europäischer Politik und die provinzielle Unzulänglichkeit deutscher Politik. Sarajewo 1992 heißt: die Wiederkehr des extremistischen Nationalismus auf die europäische Bühne und Wiederkehr des wiedervereinten Deutschlands in die internationale Politik. Denn in Sarajewo setzt die Bundesregierung das Brecheisen an, um nach der nationalen Wiedergeburt den weltpolitischen "Platz an der Sonne" zu gewinnen. Die jugoslawische Krise und die Frage der rechtlichen Möglichkeiten der Bundesregierung und der Auftrag der Bundeswehr dürfen - auch wenn dies die Bundesregierung aus durchsichtigen Gründen so will - nicht miteinander vermischt werden. Es ist ein beliebiges und zufälliges Zusammentreffen. Bei der Prüfung der Rechtslage für Bundesregierung und Bundeswehr sind die jugoslawische Krise wie auch die immer angeführte "Bündnisfähigkeit" der Bundesrepublik Deutschland keine rechtsrelevanten Fragestellungen. Es zeugt allerdings auch von einer mentalen Blockierung, daß Bundesregierung und Bundeswehr die Diskussion der neuen Rolle Deutschlands immer ineins setzen mit der Diskussion über Zukunft und Auftrag von Bundeswehr, Nato und WEU.

Der Zusammenbruch des nominalen Sozialismus in Osteuropa setzt Energien frei, die das stalinistische Zwangsregime gebunden hatte und die Europa gebändigt glaubte. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz bewegt sich die politische Welt in die Ausgangsstellungen des Jahres 1914 zurück. Offengelegt werden einerseits die Konfliktlinien der innerkapitalistischen Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Hauptmächten in Europa, Japan und den USA (dort eskaliert das "japan bashing"). Andererseits fällt Osteuropa in seine ethnischen Konflikte zurück, die die stalinistische Vereisung unbeschädigt überstanden haben. Jeder macht dort weiter, wo er 1918 beziehungsweise 1945 aufhören mußte.

Das wiedervereinigte Deutschland steht dieser Entwicklung seltsam begrifflos gegenüber. Die "Handelsrepublik" wuchs vom politischen Zwerg zum delirierenden Riesen. So erging sich die an Aufgaben wie der diplomatischen Isolierung der DDR trainierte und erschöpfte bundesdeutsche Politik während der historischen Veränderungen in der UdSSR und in Osteuropa in Belanglosigkeiten wie der Umbettung Friedrich II. Für die Weltpolitik und eine weltpolitische Rolle

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freiwilliger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Paper



Deutschlands fehlt der deutschen Politik eine Vision einer eigenständigen Aufgabe und Rolle, jenseits einer Wiederholung von Weltmachträumen und militarisierter Machtpolitik, aber in der Gegenwart der ökologischen, ökonomischen, sozialen, demografischen Risiken. Die Bewältigung dieser Risiken ist nicht Aufgabe der Bundeswehr, auch wenn sich die Bundeswehrführung bei ihrer Sinnsuche dafür zuständig erklärt.

Der "Panthersprung" in die Adria auf dem Kurs von Ruhe-Kinkel offenbart, welche weltpolitische Handlungsoption die Bundesregierung besetzen will: sie wollen mit der Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Kambodscha und in die Adria erreichen, was erstmals nach den Ölkrisen der 70er Jahre von der CDU/CSU gefordert wurde und das außenpolitische Pendant von Dreggers Forderung, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten, darstellt: die eigenständige militärische Handlung und damit die Kriegsfähigkeit. (Daß es gerade die "Bayern" ist, nachdem Streibl das Zulangen zur bayerischen Nationaltugend erhoben hat, zeugt von einem gewissen Verständnis für Symbolik).

Deshalb dient der für den vorgegebenen Zweck wirkungslose "Panthersprung" in die Adria nicht den Opfern des Bürgerkrieges und dem Frieden in der Region. Im Gegenteil zeugt diese Aktion von einer zynischen Instrumentalisierung des Leids der Menschen in Jugoslawien. Es ist eine militärische Demonstration für die Durchsetzung der deutschen "Weltpolitik". Die Bundesregierung will demonstrieren, daß auch Deutschland dabei ist, und sie will die deutsche Öffentlichkeit an den weiteren Vollzug des Ausstiegs aus der Verteidigung und des Einstiegs in die Intervention gewöhnen. Auch die anderen zukünftigen Interventionsmächte England, Frankreich und Rußland verhalten sich auf dieser Linie: die jugoslawische Krise dient der Heilung verletzter diplomatischer Eitelkeiten und Großmachtallüren.

Politik ist heutzutage vorwiegend ein Medienereignis. So transportieren die Medien in diesen Tagen das Bild eines schmutzigen Krieges mit vielen zivilen Opfern und den Massakern der serbischen Milizen in die deutschen Wohnstuben. Während des Golfkrieges gaukelten die Medien den Menschen den ersten Computerkrieg vor: einen sauberen Krieg ohne massenhaften Tod, elektronisch gesteuerte chirurgische Schläge gegen militärische Objekte. Das Ziel: die Kriegsführung psychologisch abzusichern. Im Golfkrieg diente der Krieg ohne Opfer auf der Gegenseite diesem Ziel, in Jugoslawien die Identifikation mit den Opfern auf der "eigenen" Seite. Die Bundesregierung nutzt das Entsetzen, daß diese Bilder hervorruft, um öffentlichen Druck auf die Ausweitung des Auftrags der Bundeswehr zu erzeugen, um sich aus den Fesseln der rechtlichen und politischen Beschränkungen des Gebrauchs der Streitkräfte ausschließlich zur Verteidigung lösen zu können. Es geht auch anders: die Welle der Hilfsbereitschaft in Deutschland zeigt, daß in diesem Land humanitäre Politik eine Basis hat. In dieser Richtung sollte die Bundesregierung weitergehen, statt das Leid der Menschen in dieser obszönen Weise für ihre politischen Absichten auszubeuten.

Während in der Debatte über Asylrecht und Armutswanderung die Bundesregierung einwendet, Deutschland könne nicht alle Probleme der Welt lösen, so sieht sich die Bundesregierung doch recht flott instande, beizutragen zur Lösung der Probleme der Welt, wenn sie militärische Lösungen anbieten kann. Wir erinnern an das Verhalten der Bundesregierung in der Frage der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina. Ein Verhalten, das der deutsche Emigrant Feuchtwanger als das Wirken des "Teufels der Herzensträgheit und Routine" beschrieben hat. Dies offenbare sich in seiner höflichen Gleichgültigkeit gegenüber den Leiden anderer und in seiner bürokratischen Langsamkeit.

Der "Panthersprung" ist eine zynische Antwort auf die "jugoslawische Frage", weil die Bundesrepublik Deutschland durch die frühzeitige Parteinahme für die secessionistischen Bestrebungen Sloweniens und Kroatiens zur jugoslawischen Krise erheblich beigetragen hat und längst "Partei" ist. Man hat das Feuer mitentfacht, das man jetzt mit Öl löschen will. Dabei ist die deutsch-nationale-katholisch-abendländische Agitation für Slowenien und Kroatien zu hinterfragen. Die demokratische Verfaßtheit aller Teil-Republiken ist gleich kritisch zu beurteilen. In allen Republiken kämpfen die Reste der titoistischen Elite um ihre Privilegien, das gemeinsame Erbe und um die Beute - in erster Linie um die hard ware der Jugoslawischen Volksarmee. Das Spielen der nationalistischen Karte soll Milosevic wie auch dem Tito-General Tudjman neue Legitimation verschaffen. Dieser regiert zunehmend autoritärer und hat mit seiner antisarbi-

schen Politik Milosovic die Schleusen geöffnet. 1990 tilgte Tudjman aus der Verfassung die Feststellung, daß Kroatien ein "Staat der Kroaten und Serben" sei, zwang Serben zu Loyalitätsbekundungen und entließ Serben aus der kroatischen Polizei.

Gerade für Sozialdemokraten gibt es wenig Anlaß, den Kampf um ethnisch homogene Nationalstaaten zu fördern. Dies bedeutet die Einsegnung einer Politik auf internationaler Ebene, die wir im Innern mit dem Stichworten "Hoyerswerda" und "Ellenbogenprinzip" ablehnen. Der wiedererwachte Nationalismus in Osteuropa nährt sich aus dem Kampf um den ökonomischen Sondervorteil, aus der Hoffnung, sich alleine durch die Trennung von den Schwächeren besser durchschlagen zu können. Das darwinistische Prinzip regiert das Verhältnis der jugoslawischen Teilrepubliken: der Stärkere ist nur alleine stark.

Statt des parteiischen Eingreifens der Bundesrepublik Deutschland und die Beschränkung auf die Einstellung der Kampfhandlungen ist jetzt ein substantielles Friedenskonzept für Südeuropa notwendig, daß auch die Minderheitenprobleme in Serbien und die mazedonische Frage umfaßt. Dabei wird im Vordergrund die Wiederaufbauhilfe und die Lösung der ökonomischen Krise der Nachfolgerepubliken stehen. Frieden wird nach diesem Krieg nur möglich werden, wenn die diversen Milizen und die Reste der Armee entsprechend befriedet werden können. Die materielle Lösung des gleichgearteten Problems in Mittelamerika könnte dafür Beispiel sein. Die bössartige Kritik an der "Scheckbuchdiplomatie" der Deutschen sollte vergessen werden - die ökonomische Potenz der Bundesrepublik Deutschland wird gefordert sein. Gegenüber Serbien ist dessen Rolle als Siegemacht des 1. und 2. Weltkrieges zu berücksichtigen. Jedes andere Herangehen wird zu deuten sein als Revision eines Teilergebnisses dieser Kriege.

Für den Übergang und viele Jahre danach ist eine erhebliche humanitäre Hilfe notwendig. Die Bundesregierung sollte den mit der Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina begonnenen Weg großzügig fortsetzen. Damit könnte sie ein wahrhaftes Beispiel für ein anderes Verständnis von "Großmachtspolitik" setzen, statt großmächtige großherzige Politik.

Ansprechpartnerin für diese Politik in der Gegenwart und in der Zukunft ist auch die in allen Nachfolgerepubliken existierende Friedensbewegung. An dieser Stelle ein Wort an die deutschnationalen Agitatoren und die Bundesregierung, die die deutsche Friedensbewegung wegen ihres angeblichen Schweigens gegenüber Jugoslawien herabsetzen. Springen Sie über Ihre Schatten: nehmen sie zur Kenntnis, daß die deutsche Friedensbewegung seit Beginn der Konflikte humanitäre Hilfe in Jugoslawien und für Jugoslawen in Deutschland leistet. Dafür ist der deutschen Friedensbewegung zu danken.

(-/31. Juli 1992/rs/fr)

Schalckbrief an Schäuble gibt neue Rätsel auf **Auftrag des Untersuchungsausschusses erweitern**

Von Volker Neumann MdB
Mitglied im Untersuchungsausschuß "Kommerzielle Koordinierung"

Für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses "Kommerzielle Koordinierung" kam die Meldung von dem neuen Ermittlungsverfahren gegen die Schalck-Vertraute Waltraud Lisowski nicht überraschend. Die Strafanzeige der Treuhand richtet sich gegen sie, Homme Dedden und Detlef von der Stück.

Schon bei der informatorischen Vernehmung der Mitarbeiter der Treuhand vor dem Ausschuß wurde nur kopfschüttelnd zur Kenntnis genommen, daß die engste Vertraute von Alexander Schalck-Golodkowski noch bis Herbst 1991 dort angestellt und mit erheblichen Vollmachten ausgestattet war.

Schalck wird die Ermittlungen mit Unbehagen zur Kenntnis genommen habe. Sie gehen weit

über das hinaus, was die Bochumer Staatsanwaltschaft bisher an Verdachtsmomenten zusammengetragen hat. Weiter könnten millionenschwere Schadensersatzforderungen auf Lisowski zukommen. Packt sie aus, könnte sie auch ihr Wissen um die Geschäfte von Schalck preisgeben, dann hätte auch er keinen Grund mehr zu schweigen.

Aber auch ein anderer müßte hellhörig werden: Wolfgang Schäuble. Die Strafanzeige der Treuhand betrifft nämlich einen Unternehmensbereich der ehemaligen DDR, der auch in wenigstens einem der Briefe an den damaligen Bundesinnenminister eine Rolle spielte.

Schäuble konnte sich als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß an drei "private" Briefe von Schalck erinnern, die "keinen amtlichen Inhalt" hatte. Tatsächlich sind mindestens vier Briefe von Schalck an ihn geschrieben worden, von denen jedenfalls einer im Konzept bekannt ist. Die Originalbriefe hat Schäuble, so glaubt er, weggeworfen.

Das von Schalck dem Bundesnachrichtendienst übergebene "Konzept" des einen Briefes vom Juni 1990 enthält nun aber überhaupt keine privaten Mitteilungen, sondern nur Angaben zu Firmen und Verbindungen. Das Konzept ist nach einem geheimnisvoll vorbereiteten Treffen zwischen Lisowski und Schalck in München erstellt worden. Lisowski fand nach dem Anruf einer Sekretärin von Schalck-Stellvertreter Seidel (beide wie Schalck hauptamtliche MfS-Mitarbeiter) ein Flugticket nach München in ihrem Briefkasten vor und fuhr entgegen der Anweisung ihres damaligen Vorgesetzten zu Schalck.

In dem handschriftlichen "Konzept" von Schalck teilt er Schäuble mit, daß die Effekt Vermögensverwaltung mit Geschäftsführerin Trautchen Lisowski im Juni 1990 durch die Treuhand gebildet worden ist. Weiter heißt es: "In die Effekt Vermögensverwaltung GmbH wurden auch die Holding Dell cooperation (Curacao), Redef, Dim, Intertrading als Staatseigentum übernommen. Siehe Bericht Ende 1988." Schalck meinte wahrscheinlich die Redef N.V. (Curacao) und die Interholding Haarlem B.V., die DIM B.V. und die Dehli Corp. N.V. (Curacao).

Geschäftsführer dieser niederländischen Holdings aus dem Schalck-Imperium wiederum war Homme Dedden. Diese Holdings besaßen den größten Anteil an der INTEMA Essen, deren Geschäftsführer und Altkommunist Detlef von der Stück war. Dieser nun hat zu noch nicht im einzelnen bekannten Bedingungen die INTEMA erworben, offensichtlich unter Mitwirkung von Lisowski, ihrerseits weiter Geschäftsführerin der Effekt Vermögensverwaltung GmbH (Eigentümer: Treuhand). Bisher ist unklar, warum Schalck Schäuble gerade über diese Firmen in den Niederlanden informiert, die nun Gegenstand der strafrechtlichen Ermittlungen sind.

Schalck hat nunmehr ungefragt den Untersuchungsausschuß Glauben machen wollen, diese Informationen seien alle ohne Bedeutung gewesen, Schäuble hätte damit keinen Schaden abwenden können, und der BND habe all da schon im Januar 1990 gewußt.

Wenn das aber zutrifft, warum übergibt er diese "privaten" und angeblich bekannten Informationen noch im Juni 1990 dem BND? Und warum gibt er dann zu Protokoll, er hätte damals durch weitere "detaillierte Aufklärung" mögliche schädliche Handlungen gegen die Bundesrepublik verhindern können?

Schäuble hat sich in eine schwierige Lage begeben. Er liefert sich Schalck aus, der nun alles über den wirklichen oder angeblichen Inhalt dieses und der anderen Briefe verbreiten kann, da Schäuble sie weder hat, noch sich an deren Inhalt erinnern kann.

Was macht Schäuble so sicher, daß Schalck diese Situation nicht nutzt?

Es bleibt zu klären, wer oder was es möglich macht, daß Schalck am Tegernsee ein angenehmes Leben führt.

Wir wissen noch nicht, warum seine engste Vertraute Lisowski bis Herbst 1991 bei der Treuhand arbeiten konnte und offensichtlich darüber hinaus noch Vollmachten hatte? Außerdem wußten wir auch gern, wie sie einen der renommiertesten Anwälte, den ehemaligen Lambsdorff-Strafverteidiger Prof. Müller engagieren und bezahlen kann, bei ihren angeblich geringen Einkünften...

Wissen wollen wir auch, wie und mit wessen Hilfe Geschäftsführer ehemaliger Kokofirmen ohne ausreichendes eigenes Kapital diese Firmen erwerben konnten.

Es macht wohl Sinn, den Auftrag des Untersuchungsausschusses auch auf die Verwertung dieser Firmen der ehemaligen DDR zu erweitern.

(-/31. Juli 1992/rs/fr)

Was bieten die "Komitees für Gerechtigkeit" den Menschen?

Von Rolf Schwanitz MdB

Seit nunmehr zwei Wochen haben Prominente in Berlin zur Gründung sogenannter "Komitees für Gerechtigkeit" aufgerufen. Dabei wurden erstmals Papiere vorgelegt, die eine tiefere Sicht in die Motivation der Initiatoren zuläßt.

Unabhängig davon muß zunächst jedoch anerkannt werden: Der Aufruf ist zeitlich gut plaziert! Die allgemeine Stimmungslage in Deutschland hat sich spürbar verschlechtert; im Osten wie im Westen. Während die Einen sich durch haltlose Versprechungen getäuscht fühlen, fürchten die Anderen durch die ständig neuen Offenbarungen um ihren Wohlstand. Verursacher dieses zornigen Unmutes immer weiterer Bevölkerungsstelle ist eine Bundesregierung, deren "Schuldenkonto" immer größer wird. Es geht dabei nicht nur um die unrealistischen Verheißungen. Viele, für den wirtschaftlichen Aufschwung des Ostens wichtige Problemfelder sind nicht oder nur mangelhaft mit Lösungen untersetzt worden. Dies gilt für die Regelung der offenen Vermögenfragen ebenso wie für die Entschuldung der ostdeutschen Wohnungswirtschaft oder etwa die Arbeit der Treuhandanstalt - die Liste der Defizite ließe sich beliebig verlängern. Das Hauptproblem scheint jedoch zu sein, daß die Bundesregierung - versehen mit einem satten Erfolg bei den letzten Bundestagswahlen - nur in ganz begrenztem Maße bereit ist, aus den Fehlern zu lernen und andere Wege zu gehen. Hier, in der gestörten Aufnahme- und Handlungsfähigkeit der CDU/CSU und FDP-Regierung liegt die Wurzel der derzeitigen Vertrauenskrise in unserem Land.

Die selbsternannten Komitees bilden hierzu jedoch keine Alternative, nicht in personeller und nicht in programmatischer Hinsicht. Sowohl Diestel als auch Gysi können heute kaum als Vertreter ostdeutscher Interessen firmieren. Diestel hat in den Augen der Bevölkerung seine Glaubwürdigkeit längst verloren; Gysi hat sie nie besessen, auch die meisten der anderen Erstunterzeichner vermitteln kaum den Eindruck, als würden sie aus dem Bekenntnis zur deutschen Einheit heraus heute um Verbesserungen ringen. Dies erscheint eher wie der "Club der Einheitsgegner" von gestern, die heute, angesichts der enormen Probleme in Deutschland, die Chance zur Untermauerung ihrer Thesen sehen.

Die nun vorliegenden Dokumente (der Gründungappell, der Vorschlag für einen Brief an weitere Unterzeichner und das schriftliche Diskussionsangebot) sind für den kritischen Leser recht aufschlußreich. Es fallen vor allem fünf Eigenheiten ins Auge:

1. Die Komitees sollen sich als Vertreter der Interessen ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger sehen. Die demokratische Legitimation dieser Komitees wird jedoch als Nebensache betrachtet. Man will zwar Einfluß auf Parlamentarier ausüben, diese beauftragen und kontrollieren. Wenn sich hierzu jedoch nicht genügend Bürger dem Komitee anschließen, so macht das auch nichts. Im Zweifelsfall ist das Komitee "unabhängig von der Zahl der Anwesenden beschlußfähig", wobei man ab Vollendung des 14. Lebensjahres stimmberechtigt ist. So können demnächst zwei Realschüler das "Komitee für Gerechtigkeit" bilden und im Namen der Einwohner ihrer Stadt oder gar der Ostdeutschen die Stimme erheben. Für diese Demokratievorstellung sind die Menschen 1989 nicht auf die Straße gegangen.
2. Die Unterzeichner meinen, daß durch die Auflösung des DDR-Staates heute ein Vakuum entstanden sei; zur Erhaltung des Einigungsvertrages eine neue Körperschaft gegründet werden müsse. Es soll an dieser Stelle nicht spekuliert werden, wie groß die Anzahl der Ostdeutschen ist, die sich einen DDR-Staat zurückwünschen. Auch soll nicht weiter auf die Frage eingegangen werden, wie Diestel heute gegenüber der Bundesregierung die Ostinteressen intensiver vertreten will, wo er doch 1990 als souveräner Minister und stellvertretender

Ministerpräsident diesen Vertrag mit ausgehandelt hat. Das sind lediglich Fußnoten der Geschichte. Wichtiger ist vielmehr, daß die geforderte 'besondere Körperschaft' der neuen Bundesländer sowohl politisch utopisch als auch zur besseren Wahrnehmung ostdeutscher Interessen untauglich ist. Diese neue 'Ostregierung' soll weder demokratisch legitimiert, noch für Parteien zugänglich sein. Das würde die zerbröckelnden PDS, die das Rückgrat der sogenannten Komitees ist, so richtig ins Konzept passen. Da schaut die Strategie der Nationalen Front sowie das Unterwandern anderer Organisationen nur so aus den Knopflöchern. Nimmt man zu dieser Vermutung noch die Feststellung einer sächsischen Regionalzeitung hinzu, wonach bei der unlängst in Dresden zu beobachtenden Komiteegründung von den anwesenden 300 Menschen rund 30 Prozent PDS-Mitglieder waren und anschließend nur 90 Prozent ihre Mitgliedschaft beziehungsweise ihr Interesse erklärten, so ist der Eindruck perfekt!

3. Kaum jemand wird bestreiten, daß wir vor enormen Problemen bei der gegenwärtigen Umstrukturierung in Ostdeutschland stehen. Es ist richtig, diese Probleme zu benennen; sie zum Thema der politischen Auseinandersetzung zu machen und - je nach Vermögen der Regierenden - einer Lösung zuzuführen. Was die Komitees jedoch aufgreifen wollen, geht weit darüber hinaus. Das Komitee will undifferenziert die Probleme und Nöte der Menschen vor Ort auflisten, "quasi als Bilanz der Ungerechtigkeit". Mit dieser Zuordnung aller auftretenden Probleme in die Sphäre des Ungerechten geht letztlich jeder Blick für die Zusammenhänge verloren. Natürlich kann man verdrängen, daß im SED-Staat die Mieten zwar niedrig waren, die Wohnungssubstanz jedoch verkommen ist. Dann wird man sich mühelos gegen jegliche Mieterhöhung einsetzen können. Ob dadurch jedoch Wohnungen saniert und neuer Wohnraum geschaffen werden kann, ist zu bezweifeln. An anderer Stelle fordern die Unterzeichner des Aufrufes die Auszahlung von Anteilsscheinen für ostdeutsche aus dem Verkauf von DDR-Betrieben (eine alte Forderung aus dem Jahr 1990), obwohl heute niemand weiß, wie die Schulden der Treuhandanstalt bezahlt werden sollen. Solche utopischen Forderungen haben Methode. Hier geht es nicht um Lösungen, sondern um puren Populismus, an dessen Ende eine Vervielfachung des Unmutes sieht.
4. Es gibt eine ganze Reihe von Stellen in den vorliegenden Papieren, wo das Wesen der Herbstrevolution verfälscht und der frühere DDR-Alltag verklärt wird. Die Erhebung der Ostdeutschen in den Jahren 1989 und 1990 war eine Erhebung gegen die SED-Diktatur, für demokratische Grundrechte sowie recht bald für die schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten. Spätestens nach dem eindeutigen Votum der Ostdeutschen in den Volkskammerwahlen für den Beitritt nach Artikel 23 GG war klar, daß dies den Abbau des DDR-Staates zur Voraussetzung haben sollte. Im Blickwinkel der Unterzeichner des Aufrufs wird die Herbstrevolution auf die "Befreiung vom repressiven Charakter der ehemaligen DDR" reduziert. Alles andere paßt offensichtlich nach wie vor nicht ins Weltbild.
5. Abschließend muß noch auf das Ungleichgewicht in den Forderungsteilen der Papiere aufmerksam gemacht werden. Natürlich werden die Unterzeichner des Aufrufes nicht müde, zu betonen, daß sie sich als Interessenvertreter aller Ostdeutschen verstehen. Werden die Beispiele für Ungerechtigkeiten und damit die Forderungen jedoch konkreter, zeichnen sich Disproportionen ab. Die Forderungen im Bereich der Industrie - also die unmittelbaren Arbeitnehmerinteressen - werden im sogenannten Diskussionsangebot unter II. mit nur zwei Sätzen in sechs Zeilen abgehandelt, während der Bereich der Beschäftigten in Verwaltungen, Bildungseinrichtungen sowie der Kultur in zwei Absätzen mit insgesamt 21 Zeilen Berücksichtigung finden. Dies ist kein Zufall. In diesen Bereichen, nicht bei den Arbeitern, sitzt das Klientel der Komitees, welches (was für ein Zufall) mit dem der PDS identisch ist.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich endlich den drückenden Ängsten und Nöten der Menschen in Deutschland zuzuwenden - nicht nur, aber vor allem auch in den neuen Ländern. Deutlicheres Einfördern von konkreten Lösungsschritten, auch das energischere Erheben der Stimmen der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger kann da sehr hilfreich sein. Die sogenannten Komitees für Gerechtigkeit leisten dies jedoch nicht. Die Ostdeutschen werden diesen Etikettenschwindel sehr schnell durchschauen.

(-/31. Juli 1992/rs/fr)
